

ARBEITSKREIS MENSCHENRECHTE (AKM)
- Working Group for Human Rights -

Thomas Müller
Am Pandyck 31
D-47443 Moers / Germany
Tel. 02841-9163753
E-Mail: info@akm-online.info
Internet: www.akm-online.info

Sehr geehrte Damen und Herren,

diese Mitteilung erhalten Sie im Rahmen des E-Mail-Aktionskreises von

- > Arbeitskreis Menschenrechte (AKM) und
- > Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, Arbeitsgruppe München (IGFM-München)

Diese Information finden Sie auch im Internet unter: www.akm-online.info . Wenn Sie unsere Mitteilungen nicht mehr erhalten wollen, so teilen Sie uns das bitte mit unter: info@akm-online.info

Empfehlen Sie unsere Rundbriefe gerne weiter. Kennen Sie Personen, die daran Interesse haben könnten, teilen Sie uns gerne die E-Mail-Adresse mit; wir nehmen dann Kontakt auf.

Unterstützen Sie die Menschenrechtsarbeit auch als **IGFM-Mitglied**: <https://www.igfm.de/mitglied-werden/>

KURZ und BÜNDIG vorab

> **LEBENSRECHT:** Wofür steht Prof. Frauke Brosius-Gersdorf?



Nachdem die Mail- und Briefaktion (vorläufig) erfolgreich war, ging es „vor allem um die Frage, ob wir falsche Behauptungen hinsichtlich der Position von Frau Brosius-Gersdorf aufgestellt und verbreitet hätten“, schreibt **Kristijan Aufiero** (Bild), Sprecher der **Lebensrechtsorganisation 1000plus**. „Ob wir uns vor den Karren einer politischen Partei hätten spannen lassen. Oder ob wir uns gar an einer konzertierten Kampagne beteiligt hätten, die zur Beschädigung und Diffamierung einer eigentlich

tadellosen Juristin geführt hätte.“ Aus diesem Grund habe man sich noch einmal intensiv mit der Causa Brosius-Gersdorf befasst haben. „Genau dafür haben wir uns den „Bericht

der Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin" noch einmal gründlich angesehen. Den Bericht einer Kommission, an der Frau Brosius-Gersdorf federführend beteiligt war.“ Dies ausführliche Auseinandersetzung und Argumentation lesen Sie in der beigefügten **Anlage: „Fake-News vs. Wahrheit: Wofür steht Frauke Brosius-Gersdorf?“**

Auch die **Aktion Lebensrecht für Alle (ALfA)** stellt Hintergrundinformationen zur (vorläufig) gescheiterten Richtwahl zur Verfügung: <https://www.alfa-ev.de/>
+ + +

> **MALEDIVEN:** Auspeitschen und Steinigung im Urlaubsparadies

Anlässlich des 60. Jahrestages der Unabhängigkeit der Malediven fordert die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) die Einhaltung der Menschenrechte im beliebten Tourismusziel im Indischen Ozean. Während der Islam Staatsreligion sei, gebe es keine Religionsfreiheit und Menschenrechtsaktivisten werden bedroht. Kirchen und nichtmuslimische Gotteshäuser seien verboten. Besonders verurteilt die IGFM die Verhängung von Scharia-Strafen wie Steinigung und Auspeitschen.



Mehr: IGFM-Pressemitteilung vom 25.07.2025, <https://www.igfm.de/malediven-auspeitschen-und-steinigung-im-urlaubsparadies/>

+ + +

> **PAKISTAN:** Regierung soll Blasphemiegesetz untersuchen



Der **Oberste Gerichtshof** von Islamabad hat die pakistanische Regierung aufgefordert, eine Kommission einzurichten, um mutmaßlichen Missbrauch des Blasphemiegesetzes zu untersuchen. Das berichtet die asiatische katholische Nachrichtenagentur ucanews. Das Berufungsgericht des „National Capital Territory“ forderte die Regierung am Dienstag auf, innerhalb von

dreißen Tagen eine entsprechende Kommission einzurichten. Sie soll Vorwürfen nachgehen, wonach eine organisierte Gruppe junge Menschen mutmaßlich aus finanziellen Gründen in die Blasphemie-Falle gelockt haben soll.

Mehr: <https://www.vaticannews.va/de/welt/news/2025-07/pakistan-lahore-blasphemie-urteil-politik-minderheiten-justiz.html>

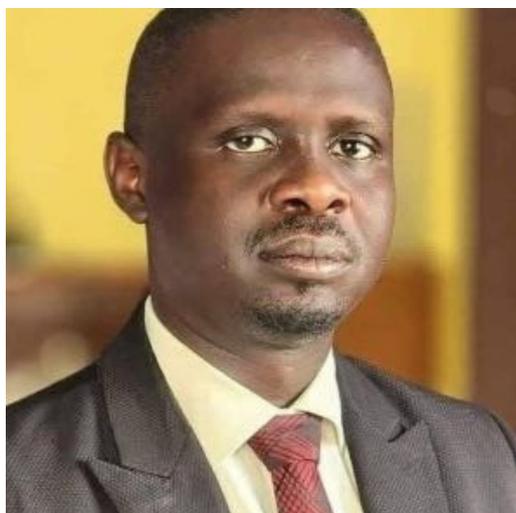
+ + + + +

SUDAN: Willkürliche Haft und Drohungen gegen Menschenrechtler

Quelle: Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter, www.acat-deutschland.de

Der seit über 2 Jahren andauernde Bürgerkrieg im Sudan wird weiter mit unverminderter Härte geführt. Die Zivilbevölkerung ist brutalsten Übergriffen durch die Kriegsparteien ausgesetzt. In Folge der Kämpfe ist **eine der schwersten humanitären Katastrophen der Welt** entstanden. Auch Personen, die sich für die Menschenrechte einsetzen, sind sehr gefährdet. Die Menschenrechtsorganisation Front Line Defenders (FLD) berichtete bereits über die Ermordung mehrerer Aktivisten.

Aktuell ist der **Rechtsanwalt und Menschenrechtler Montaser Abdullah** inhaftiert. Die Haftbedingungen sollen erbärmlich sein: Er war mit anderen Personen in einer kleinen Zelle eingesperrt, wurde **wiederholt geschlagen und musste unbedeckt bleiben**.



Montaser Abdullah hatte Überlebenden von geschlechtsspezifischer Gewalt Rechtsbeistand geleistet. **Am 7. September 2024 wurde er verhaftet**, nachdem er Menschen aus dem Umfeld der früheren zivilen Regierung gegen Anschuldigungen des Nationalen Komitees zur Untersuchung von Verbrechen und Verstößen gegen nationale Gesetze und das humanitäre Völkerrecht vertreten hatte. Die Militärbehörden haben gegen ihn Verfahren nach den Artikeln 53 und 85 des sudanesischen Strafgesetzes von 1991, den Artikeln 9, 17, 24, 26 und 27 des Gesetzes über Cyberkriminalität sowie den Artikeln 5 und 6 des Antiterrorismusbgesetzes eingeleitet. Ihm droht derzeit eine Mindeststrafe von 20 Jahren Gefängnis, wobei die Todesstrafe die Höchststrafe darstellt.

Am 3. Oktober 2024 wurde Montaser Abdullah vor das **Strafgericht in Port Sudan** gebracht und gemäß Artikel 53 des sudanesischen Strafgesetzbuchs von 1991 wegen angeblicher Spionage angeklagt. Der Menschenrechtsverteidiger bestritt die Vorwürfe und weigerte sich, ein Geständnis abzulegen, obwohl er angeblich von den Behörden genötigt wurde. Am **21. April 2025** fand Montaser Abdullahs **erster Gerichtstermin** statt.

Am 19. April 2025 verhafteten die Militärbehörden in Kassala die Menschenrechtsverteidigerin und Journalistin **Imtithal Abdelfadeel**. Bei der Verhaftung wurden ihr die Augen verbunden und ihr Mobiltelefon beschlagnahmt. Drei Tage

verbrachte sie in Isolationshaft. Die Menschenrechtsverteidigerin hatte vorgehabt, für einen journalistischen Auftrag außer Landes zu reisen. Um freigelassen zu werden, wurde sie unter Drohungen dazu gezwungen, eine willkürliche Vereinbarung zu unterzeichnen, die das **Ausreiseverbot** beinhaltet. Zusätzlich wird sie seit ihrer Freilassung von den Behörden überwacht.

Intithal Abdelfadeel arbeitet für die **Tageszeitung Aljareeda Alsudaia** und berichtet hauptsächlich über die sozialen und wirtschaftlichen Rechte von Binnenvertriebenen. Sie ist **Mitglied des sudanesischen Journalistensyndikats** und eine der wenigen Journalistinnen, die sich **für die Rechte der Frauen im Sudan** einsetzen.



>>> Bitte helfen Sie mit, die Freilassung von Rechtsanwalt Montaser Abdullah zu erreichen sowie den seinen Schutz und den von Aljareeda Alsudaia, indem Sie das nachfolgende Schreiben kurzfristig an die genannten Stellen schicken.

+ + +

Seine Exzellenz
den Präsidenten des Souveränen Rates der Republik Sudan
Herrn Abdel Fattah Burhan
c/o: Botschaft der Republik Sudan
Katharinenstraße 17
D-10711 Berlin

E-Mail: secretary@sudan-embassy.de; ambassador@sudan-embassy.de

Exzellenz,

Berichte über die fortdauernden Menschenrechtsverletzungen und die humanitäre Notlage im Zuge des innerstaatlichen Kriegs im Sudan erfüllen mich mit großer Sorge.

Die Kampftruppen aller Konfliktparteien begehen brutalste Übergriffe gegen die Zivilbevölkerung. Deren Notlage wird durch Repressalien gegen Angehörige der Zivilgesellschaft weiter erschwert.

Der Rechtsanwalt **Montaser Abdullah** ist seit dem 7. September 2024 inhaftiert. Am 3. Oktober 2024 wurde Montaser Abdullah vor das Strafgericht in Port Sudan gebracht und u.a. nach Artikel 53 des sudanesischen Strafgesetzbuchs von 1991 wegen angeblicher Spionage angeklagt. Der Menschenrechtsverteidiger bestreitet die Vorwürfe.

Auch die Journalistin **Intithal Abdelfadeel**, Mitglied des sudanesischen Journalistensyndikats, wurde zwischenzeitlich festgenommen. Am 19. April 2025 wurde sie von Militäroffizieren an einem Busbahnhof verhaftet und drei Tage lang festgehalten, als sie nach Port Sudan fahren wollte. Um freigelassen zu werden, wurde sie unter

Drohungen dazu gezwungen, eine willkürliche Vereinbarung zu unterzeichnen, die ein Ausreiseverbot beinhaltet.

Aufgrund dieser Umstände appelliere ich an Sie, Ihren Einfluss geltend zu machen, dass:

- > Montaser Abdullah unverzüglich und vorbehaltlos freigelassen und dass er wie auch Imtithal Abdelfadeel vor erneuter Festnahme geschützt wird;
- > die körperliche und psychische Unversehrtheit der beiden genannten Personen geachtet wird;
- > Rechtsbeistände und Medienschaffenden im Sudan ohne Einschränkungen arbeiten können;
- > der Schutz und die humanitäre Versorgung der Zivilbevölkerung sichergestellt wird.

Hochachtungsvoll

KOPIEN:

>>> **Auswärtiges Amt**, Werderscher Markt 1, D-10117 Berlin, E-Mail:

buergerservice@diplo.de

>>> **Beauftragter der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe**, Dr. Lars Castellucci, E-Mail: menschenrechtsbeauftragter@diplo.de

>>> **Deutscher Bundestag**, Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe, Platz der Republik 1, D-11011 Berlin, E-Mail: menschenrechtsausschuss@bundestag.de